

Staatsschulden erklärt: Wer wirklich profitiert – und warum sie NIE verschwinden

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Richard Wolff (RW): Bevor wir zu den heutigen Neuigkeiten und der Diskussion kommen, möchte ich Sie auf einige bevorstehende Veranstaltungen hinweisen, die Sie interessieren könnten. Die erste ist ein gemeinsames Projekt des Left Forum und Democracy at Work. Wir sind jetzt Partnerorganisationen. Das Left Forum kann auf eine lange Geschichte zurückblicken, die mindestens 40 Jahre zurückreicht und in der es jährliche Konferenzen veranstaltet, um Wissenschaftler, Aktivisten und andere Personen zusammenzubringen. Aufgrund der Pandemie hat es einige Jahre seine Tätigkeit eingestellt, wodurch Gelegenheit entstand, sich neu zu organisieren und den Fortschritt in der Welt zu überdenken, und nun wurde ein neuer Plan entwickelt. Das Projekt heißt „Left Educational Project“ (Bildungsprojekt der Linken) und ich denke, Sie werden in den kommenden Jahren noch viel davon hören. Eine ihrer ersten Aktivitäten ist jedoch ein Kurs. Es handelt sich um einen vierwöchigen Kurs mit vier Sitzungen, der jeden Montag stattfindet und den Titel „Critically Understanding Capitalism“ (Kritisches Verständnis des Kapitalismus) trägt. Er soll interessierten Personen, Aktivisten und anderen ein tieferes Verständnis des Systems und der kritischen Situation, in der es sich derzeit befindet, vermitteln. Der Kurs wird von drei kooperierenden Wirtschaftsprofessoren unterrichtet. Clara Mattei, Professorin an der Universität von Tulsa, Shahram Azhar, Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Bucknell University, und mir. Wir haben die Zusammenarbeit begonnen, da wir diese Art der Bildung anbieten möchten, und ich denke, Sie werden sie sehr interessant finden. Wenn Sie sich anmelden oder weitere Informationen erhalten möchten, besuchen Sie einfach www.leftforum.org; L-E-P, Left Educational Project.

Unsere zweite Veranstaltung hat mit einem brandneuen Buch zu tun, das gerade bei O.R. Publishers erschienen ist. Es heißt *From the Flag to the Cross, Fascism American Style* (Von

der Flagge zum Kreuz, Faschismus amerikanischer Prägung). Es enthält eine Sammlung von Essays, unter anderem von Christopher Hedges und einer ganzen Reihe anderer Autoren, darunter auch ich, die versuchen, über die aktuellen Ereignisse zu sprechen und über das Ausmaß, in dem Faschismus in diesem Land gegenwärtig ist. Ich denke, Sie werden das Buch interessant finden, aber wir sind vor allem hier, um Sie zu einer Art Auftaktveranstaltung einzuladen, wenn Sie so wollen, wenn das Buch herauskommt. Diese findet am 24. September um 18 Uhr im Francis Kite Club im East Greenwich Village in der 40 Avenue C statt. Weitere Informationen dazu finden Sie unter www.democracyatwork.info.

Die dritte Veranstaltung, die ich Ihnen vorstellen möchte, ist meiner Meinung nach ebenfalls sehr interessant für Sie. Es handelt sich um die Veröffentlichung unserer Buchreihe *Understanding* (Verständnis) die die Titel *Understanding Marxism* (Verständnis des Marxismus), *Understanding Socialism* (Verständnis des Sozialismus) und den neuen Titel *Understanding Capitalism* (Verständnis des Kapitalismus) umfasst. Diese Bücher werden vom 30. August bis zum 29. September gemeinsam zum Verkauf angeboten. Um dieses Angebot zu nutzen, besuchen Sie einfach www.democracyatwork.info/books. Ich werde Sie über weitere Veranstaltungen auf dem Laufenden halten, sobald diese zustande kommen. Wir freuen uns sehr über diese neuen Entwicklungen für Democracy at Work, für das Left Forum und natürlich für Sie alle. Und dank der Magie des Internets stehen Ihnen all diese Dinge zur Verfügung, egal wo auf der Welt Sie diese Nachricht erhalten.

Willkommen, liebe Freunde, zu einer weiteren Ausgabe von Economic Update, einer wöchentlichen Sendung, die sich mit den wirtschaftlichen Dimensionen unseres Lebens und denen unserer Kinder befasst. Ich bin Ihr Moderator Richard Wolff. Wie immer möchte ich Sie vor Beginn daran erinnern, dass Charlie Fabian auf Ihre Kommentare, Vorschläge und Kritik eingeht. Diese sind sehr wertvoll. Wir nutzen sie für die Planung dieser Sendung. Sie erreichen ihn wie immer unter charlie.info438@gmail.com. Ebenso möchte ich daran erinnern, dass es zu diesen Sendungen einen Begleitband gibt: *Understanding Capitalism* (Verständnis des Kapitalismus), ein Buch, das ich geschrieben habe und das Democracy at Work Anfang dieses Jahres veröffentlicht hat. Ich empfehle es allen, die sich eingehender mit den hier behandelten Themen befassen möchten, um sie besser zu verstehen.

Und das bringt mich direkt zum heutigen Programm, das als Antwort auf viele Ihrer Wünsche entstanden ist, eines dieser Themen etwas ausführlicher zu behandeln, so wie wir es in diesem Buch tun. Das heutige Thema sind Defizite. Was genau versteht man unter Defizit, wenn man davon spricht, dass die Regierung ein Defizit hat? Damit meine ich natürlich die Bundesregierung. Was die Bundesstaaten und Kommunen tun, ist eine andere Sache – sie haben ebenfalls Defizite –, aber das ist eine andere Situation. Das Defizit, über das meistens gesprochen wird, ist das Defizit der Bundesregierung in Washington. Schauen wir uns das also einmal genauer an. Es ist ein sehr wichtiges Thema. Ein Großteil der Aufregung um Trumps Gesetzentwurf, der kürzlich vom Kongress verabschiedet wurde und gerade umgesetzt wird, dreht sich darum. Es ist etwas, das jeden betrifft, und es ist wichtig, das zu verstehen, auch wenn ich als langjähriger Wirtschaftslehrer sagen muss, dass die Arbeit der Massenmedien bei der Vermittlung dieses Themas irgendwo zwischen schrecklich und

abscheulich liegt. So schlimm ist es. Es ist eigentlich nicht einmal die Schuld der Medien, obwohl sie zur Verantwortung gezogen werden sollten. Es liegt vielmehr an dem Unsinn, den so viele Politiker und Wirtschaftsführer von sich geben, dass es nicht verwunderlich ist, dass junge Menschen, darunter auch Journalisten, große Schwierigkeiten haben, sich zurechtzufinden. Okay, fangen wir also an.

Ein Staatsdefizit ist eine sehr einfache Sache. Es bedeutet lediglich, dass der Staat nicht genug Steuern eingenommen hat, um alle seine Ausgaben zu decken, oder, anders ausgedrückt, dass er mehr ausgegeben hat, als er an Steuern eingenommen hat. Es ist sehr töricht, dem einen oder anderen die Schuld zu geben, denn nur das Verhältnis zwischen beiden führt zu einem Defizit. Aus welchem Grund auch immer, wenn die Steuereinnahmen geringer sind als die Ausgaben, entsteht eine Differenz. Und diese Differenz wird ganz einfach als Defizit bezeichnet. Wie macht die Regierung das? Wie kann die Regierung mehr ausgeben, als sie an Steuern einnimmt? Und die Antwort, die Sie bereits kennen und die ich hier nur bestätige, lautet: Die Regierung handelt genauso wie Sie, sie leiht sich das Geld. So kann sie mehr ausgeben, als sie an Steuern einnimmt. Wenn sie also beispielsweise 10 \$ an Steuern einnimmt und 15 \$ für ihre Aufgaben ausgibt, dann beträgt das Defizit 5 \$, und sie muss sich 5 \$ leihen, um dieses Defizit zu decken. Oder in der Sprache der Wirtschaft: Um das Defizit zu finanzieren, leiht man sich Geld.

Die neuesten Haushaltspläne von Herrn Trump sind so angelegt, dass er nicht jedes Detail im Voraus kennen kann, da sie von den Steuereinnahmen abhängen, die wir alle zahlen und die bis zum Ende dieses Jahres anfallen werden. Sie decken die Ausgaben der Regierung, von denen einige nach den aktuellen Plänen getätigt werden, andere jedoch im Laufe des Jahres angepasst werden. Es gibt einen ständigen Prozess der Anpassung des Verhältnisses zwischen den eingenommenen Steuern und den Ausgaben, um das Defizit zu ermitteln. Aber heutzutage sind unsere Defizite riesig und werden in Billionen Dollar berechnet – Billionen Dollar. Wir geben Billionen aus, wir besteuern unsere Bürger mit Billionen und wir leihen uns Billionen.

Wir sind ein großes, reiches Land, und das ergibt sich daraus. Nun haben einige von Ihnen seltsame Vorstellungen, dass die Regierung irgendwie nicht notwendig sei, dass sie eine Art überflüssige, übermäßige, unerwünschte Belastung darstelle. Übrigens mag das alles durchaus zutreffen. Aber das ist nicht der Grund, warum wir sie haben. Wir haben sie, weil jedes kapitalistische Land der Welt, und davor jede feudale Wirtschaft der Welt, und davor jede Sklavenwirtschaft der Welt eine Regierung hatte. Die Regierung ist ein menschliches Bedürfnis. Und selbst wenn es Revolutionen gab, die Regierungen stürzten, selbst stolze Revolutionäre, die ihre Hände erhoben und sagten: „Wir wollen überhaupt keine Regierung“, errichteten ziemlich schnell die nächste Regierung. Gibt es Argumente gegen eine Regierung? Ja, die gibt es. Die schwerwiegendsten treffen auf eine Denktradition, die sich Anarchismus nennt. Aber Anarchismus macht vielen Menschen Angst, und die Amerikaner haben sich so sehr davon einschüchtern lassen, dass sie das tun, was Amerikaner oft tun: sie geben vor, es gäbe sie nicht, stellen sie als etwas Schreckliches, Böses und Furchtbares dar und verdrängen sie, damit man sie nicht zu Gesicht bekommt. Ähnlich verhalten sie sich

gegenüber dem Marxismus, dem Sozialismus und dem Kommunismus. Tatsächlich werden sie alle unter einen Hut geworfen, weshalb die Amerikaner denken, sie seien alle irgendwie gleich. Wenn man Präsident Trump zuhört, fasst er sie alle zusammen, als wären sie Synonyme. Das sind sie aber nicht. Sie sind sehr unterschiedlich. Kommunisten und Sozialisten sind in der Regel für die Regierung; sie sind keine Anarchisten. Anarchisten stimmen oft mit Sozialisten und Kommunisten darin überein, dass sie die Funktionsweise der Regierung im Kapitalismus kritisieren, aber sie kritisieren auch, wie sie zumindest bisher in sozialistischen und kommunistischen Volkswirtschaften funktioniert hat. Es gibt also alle möglichen sehr wichtigen Unterschiede. Wenn ich mehr Zeit hätte, würde ich Ihnen gerne davon erzählen. Aber darum geht es hier nicht.

Wir hatten schon immer Regierungen, nicht zuletzt weil Menschen Konflikte austragen und diese Konflikte irgendwie gelöst werden müssen. Eine Institution, die sich darum kümmert, erschien uns sinnvoll, und wir nennen sie Staat. Ebenso haben wir uns oft von Menschen in anderen Teilen der Welt bedroht gefühlt und eine Regierung, die uns schützt. Da wir in einer Wirtschaft leben, die mit Geld funktioniert, haben wir sehr schlechte Erfahrungen gemacht, wenn wir zulassen, dass Geld von jedem, der dies möchte, in seinem Keller oder von jeder Bank, die dies für richtig hält, geschaffen wird. Deshalb lassen wir das nicht zu und sagen, dass allein die Regierung die Befugnis zum Gelddrucken hat, genau wie es auf den Geldscheinen steht. Die Federal Reserve, die de facto eine Behörde unserer Regierung ist, druckt das Geld. Sie verstehen also, dass wir schon immer eine Regierung hatten und dass die Regierung daher Geld schaffen muss. Die Menschen, die all das tun, was ich gerade beschrieben habe, sei es die Schlichtung von Streitigkeiten vor unseren Gerichten, unser Schutz vor Gefahren aus dem Ausland oder die Verwaltung des Geldsystems, müssen ein Gehalt bekommen, sie müssen ein Büro und einen Schreibtisch haben und heutzutage auch einen Computer. Woher kommt das Geld dafür? Die Antwort ist: Die Regierung erhebt laufend Steuern.

Wer wird nun besteuert? In unserem kapitalistischen System sind es die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer. Der Arbeitgeber zahlt hauptsächlich Steuern auf seine Gewinne, und wir, die Arbeitnehmer, zahlen Steuern auf unser Einkommen, unser Gehalt und unseren Lohn. Zusammen finanzieren diese beiden Quellen der Steuererhebung die Regierung. Aber natürlich haben wir alle Vorstellungen davon, was die Regierung tun soll. Die Arbeitgeber wollen, dass die Regierung über eine Marine und eine Armee verfügt, die dafür sorgen, dass niemand auf der Welt unsere Konzerne daran hindert, Gewinne zu erzielen. Wow. Sie wollen auch, dass es ein Militär gibt, das jeden bedrohen kann. Vor kurzem traf sich die BRICS-Gruppe, die mittlerweile mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung umfasst, in Rio de Janeiro. Und Präsident Trump verurteilte sie und drohte, jedem Land, das entweder Mitglied der BRICS ist oder sich – wie er es ausdrückte – mit den BRICS verbündet hat, Zölle aufzuerlegen. Die Vereinigten Staaten umfassen 4,5 % der Weltbevölkerung, die BRICS mehr als die Hälfte. Das ist ein bisschen so, als würde eine Maus gegen einen Elefanten brüllen. Aber in unserem Land, wo die Feindseligkeit gegenüber der Regierung immer vorhanden ist – denn die Arbeitgeber wissen, dass sie die Regierung brauchen. Aber sie mögen sie nicht. Sie haben Angst, dass in einer Gesellschaft wie der unseren, mit allgemeinem Wahlrecht, in

der jeder wählen darf, die in der Mehrheit befindlichen Arbeitnehmer gegenüber den Arbeitgebern, die eine Minderheit darstellen, die Oberhand gewinnen könnten. Laut der US-Volkszählung machen Arbeitgeber 3 % unserer Bevölkerung aus. Die anderen 97 % sind dies nicht. Und wir könnten gegen sie stimmen, sie besteuern und ihre Gewinne begrenzen. Sie mögen es nicht, wenn die Regierung Macht hat, weil sie die Konsequenzen befürchten, wenn die Mehrheit aus Arbeitnehmern besteht. Daher vertreten sie den Libertarismus, eine Philosophie, eine eher dünne Philosophie, die behauptet, dass die Regierung immer das Problem ist und dass eine Einschränkung der Regierung immer die Lösung ist. Das führt nie sehr weit. Diese Leute sind immer unzufrieden. Denn seit jeher überwiegt die Notwendigkeit der Regierung ihre Argumente.

Die Kreditaufnahmen der Regierung werden zur Staatsverschuldung. Und wenn Sie wissen möchten, wie hoch die Staatsverschuldung ist, dann ist das ganz einfach die Summe aller Defizite, von der wir den Teil abziehen, den die Regierung bereits zurückgezahlt hat. Denn wenn die Regierung Kredite aufnimmt, um ein Defizit zu finanzieren, ist sie natürlich gesetzlich verpflichtet, dieses Geld irgendwann zurückzuzahlen. Das US-Finanzministerium nimmt im Namen der Bundesregierung Kredite auf und verspricht, diesen Teil der Kredite in zehn Jahren, diesen Teil in 30 Jahren zurückzuzahlen, sodass es unterschiedliche Laufzeiten für die Staatsschulden gibt.

Das Wichtigste ist jedoch: Warum schwankt die Regierung so stark? Warum leiht sich die Regierung nicht einfach genug Geld, um alle Gehälter zu bezahlen? Und warum reichen die Steuern nicht aus, um die Aufgaben zu erfüllen, die wir von einer Regierung erwarten? Was liegt an einer verrückten Tendenz der Regierung, immer größer zu werden, als wäre sie von einem Dämon besessen? Das ergibt sich ein wenig aus der Geschichte des Liberalismus. Ich fand, dass diese Antwort sehr unbefriedigend und unzureichend war. Als ich beobachtete, wie die Staatsausgaben und die Steuern von einer Präsidentschaft zur nächsten und von einem Kongress zum nächsten schwankten, wurde mir klar, dass es etwas in der Wirtschaft gab, das zu Defiziten führte. Nach der Pause, da wir uns dem Ende der ersten Hälfte nähern, werde ich darüber sprechen, wodurch genau das Defizit steigt und sinkt und warum das für Ihr und mein Leben von Bedeutung ist.

Bevor wir zur zweiten Hälfte der heutigen Sendung kommen, möchte ich mich bei Ihnen für Ihre großzügige Unterstützung unserer Spendenaktionen in diesem Jahr und insbesondere in den letzten Monaten bedanken. Als Teil unserer Gegenleistung verlängern wir die Verfügbarkeit unserer limitierten Auflage von *Understanding Capitalism* mit Leinenbezug und Hardcover. Das Buch habe ich geschrieben und es ist nun schon seit einiger Zeit erhältlich. Wenn Sie Interesse haben, signiere ich Ihnen gerne ein Exemplar dieser Hardcover-Ausgabe, das Ihnen wie in den letzten Wochen zur Verfügung steht. Senden Sie uns einfach eine E-Mail an info@democracyatwork.info und geben Sie in der Betreffzeile „Limited Edition“ an. Wir senden Ihnen dann alle Informationen, die Sie benötigen, um Ihr signiertes Exemplar von *Understanding Capitalism* als Hardcover zu erhalten. Und nochmals vielen Dank für Ihre freundliche Unterstützung unserer Spendenaktion.

Willkommen zurück, liebe Freunde, zur zweiten Hälfte unseres heutigen Wirtschafts-Updates

zum Thema Defizite. Okay, kommen wir gleich zum Kern der Sache. Warum gibt es Defizite? Die Antwort darauf lautet, so gut ich das beurteilen kann, wie folgt. Wir haben eine Wirtschaft, in der Geld im Umlauf ist. Wir verdienen Geld, indem wir arbeiten, und geben es dann zum Leben aus. Und wenn wir es ausgeben, entsteht ein Einkommen für andere Arbeitnehmer, die es zum Leben benötigen, was bedeutet, dass sie es für das ausgeben, was wir mitproduzieren, sodass wir einen Lohn für unsere Arbeit erhalten. Mit anderen Worten: Das Geld ist im Umlauf, und wir alle kaufen und verkaufen voneinander. Es ist glasklar und alle Beweise zeigen, dass alle Arbeitnehmer, alle Angestellten, das ausgeben, was sie verdienen. Gibt es einige wenige, die tatsächlich Geld sparen und nicht alles ausgeben, was sie verdienen? Ja. Diese werden durch die Menschen ausgeglichen, die mehr ausgeben, als sie verdienen, wobei die Banken dies regeln. Wenn Sie ein Arbeitnehmer sind, der spart, legen Sie Ihr Geld auf die Bank, und die Bank verleiht es einfach an Personen, die Schecks oder Kreditkarten verwenden. Wenn man also alles zusammennimmt, verhalten sich Arbeitnehmer sehr regelmäßig: Sie verdienen, sie geben aus, sie verdienen, und so leben sie ihr Leben.

Arbeitgeber sind etwas ganz anderes. Sie sind diejenigen, die genug Geld für sich selbst haben, sodass das für sie kein Thema ist. Sie verdienen genug und geben es für Essen, Kleidung, Unterkunft und Luxusgüter aus. Aber sie verfügen noch über etwas anderes, nämlich die Gewinne des Unternehmens. Nicht das, was sie sich selbst für ihre Führungsposition bezahlen. Nein, die Gewinne. Und was sie mit den Gewinnen machen, ist das Problem. Weil sie das Recht haben, auch wenn sie nur 3 % der Bevölkerung ausmachen, zu entscheiden, ob sie diese Gewinne ausgeben, vielleicht das Unternehmen ausbauen oder nicht; und warum sollten sie das nicht tun? Wenn die Wirtschaftslage schlecht aussieht, wenn die Menschen die Produkte anderer kaufen und nicht Ihre, dann wären Sie verrückt, Ihre Gewinne in Ihr eigenes Unternehmen zu investieren, um mehr Waren zu produzieren, wenn Sie wissen, dass Sie nicht einmal die bereits produzierten Waren verkaufen können. Unternehmen, die glauben, dass sie sich nicht in einer guten Lage befinden, halten sich zurück. Sie geben kein Geld aus. Sie investieren ihr Geld nicht. Sie halten es in bar. Warum? Weil das klug ist. Was sie mit ihren Gewinnen machen, hängt davon ab, welche Gewinne sie damit erzielen können. Wir haben also das Problem in einer Wirtschaft, dass, wenn Konzerne beschließen, sich zurückzuhalten, die Menschen, die sich von den Ausgaben dieser Konzerne Arbeitsplätze erhofft haben, diese nicht bekommen. Und wenn sie keine Arbeit haben, haben sie kein Einkommen. Und wenn sie kein Einkommen haben, können sie kein Geld ausgeben. Und wenn sie kein Geld ausgeben können, können andere Arbeitnehmer, die früher ein Einkommen hatten, weil diese anderen ersten Arbeitnehmer Geld ausgegeben haben, dies nicht mehr tun. Mit anderen Worten: Konzerne halten sich zurück, wann immer sie es für richtig halten, denn sie sind freie Unternehmen und können frei entscheiden, ob sie ihre Gewinne ausgeben oder nicht. Wenn sie dies jedoch nicht tun, wenn sie in ihrer Freiheit beschließen, ihre Gewinne nicht zu investieren, löst dies eine Kettenreaktion aus, die dazu führt, dass Sie Ihren Arbeitsplatz verlieren. Sie werden keinen Job bekommen. Sie werden keine Freiheit haben. Kapitalismus bedeutet, dass die freie Wirtschaft nur so lange frei ist, wie Sie, der Arbeitnehmer, es nicht sind. Darüber sollten Sie nachdenken. Aber wir haben ein großes Problem, denn wenn Konzerne aus ihren eigenen Gewinnberechnungen heraus zurückhaltend werden, was ihnen freisteht, könnte es zu einem Zusammenbruch unserer

Wirtschaft kommen. Jetzt werden Sie die Antwort auf die Frage nach den Defiziten erhalten. Defizite sind das Mittel der Regierung, um dieses Problem zu beheben. Und sie werden es auf eine Weise beheben, die die Last auf den Rest von uns abwälzt und genau den Menschen hilft, die das Problem durch ihre Arbeit verursacht haben. Konzerne verursachen die Probleme, weil sie frei sind, nicht zu investieren. Und wenn sie sich zurückhalten, tut die Regierung Folgendes. Und wir tun es, Regierungen tun es, dank der Analyse eines Kritikers des Kapitalismus namens John Maynard Keynes.

Er mochte den Kapitalismus zwar, aber er sagte, dass dieses System inmitten der Depression wirklich schlimme Folgen haben kann. Und so schlug er Folgendes vor, was wir heute alle in dieser Welt tun. Wenn Konzerne sich zurückhalten und dadurch alle möglichen anderen Menschen und Unternehmen gefährdet sind, die nicht die Ausgaben erhalten, die die Konzerne hätten tätigen können und in der Vergangenheit auch getätigt haben, weil die Konzerne dies derzeit nicht wollen, schreitet die Regierung ein. Die Regierung gibt das Geld, das die Konzerne zurückgehalten haben, für die Wirtschaft aus. Sie tut für die Konzerne, was diese nicht tun können, nicht tun wollen und nicht tun müssen. Aber es ist besser so. Woher bekommt die Regierung das Geld? Woher nimmt sie das Geld, um dieses Problem zu beheben, das durch die Freiheit der Konzerne entstanden ist?

Die Antwort lautet – und das wird Ihnen gefallen – von den Konzernen. Es heißt für sie: Hey, wenn Sie sich entscheiden, dass Sie Ihre Gewinne nicht oder zumindest nicht vollständig investieren möchten, haben wir ein Angebot für Sie. Leihen Sie uns, der Regierung, das Geld, das Sie nicht ausgeben möchten, und wir geben es in Ihrem Namen aus. Wir sorgen dafür, dass die Wirtschaft in Schwung bleibt, indem wir das Geld ausgeben, das Sie nicht ausgeben möchten. Wir haben das Problem gelöst. Und wir halten das Geld 30 Tage, 90 Tage, ein Jahr, fünf Jahre, zehn Jahre, 20 Jahre, so lange Sie wollen. Wir haben Staatsanleihen, die wir Ihnen zur Verfügung stellen, wenn Sie uns das Geld leihen, das Sie ohnehin nicht ausgeben wollten. Und wir werden die Wirtschaft wieder in Ordnung bringen, und die einzigen Kosten, die uns dabei entstehen, sind natürlich, dass die Regierung immer tiefer in die Verschuldung gerät. Weil unsere kapitalistische Wirtschaft, ja, unsere amerikanische kapitalistische Wirtschaft ziemlich häufig in eine Situation gerät, in der große Konzerne sich zurückhalten. Das passiert ständig. Wir haben also eine wachsende Staatsverschuldung. Ist das ein Problem? Letztendlich ja. Warum? Weil die Konzerne, die das Geld zurückhalten und damit die Regierung zwingen, Kredite aufzunehmen und sich so hoch verschulden können, dass die Konzerne, die das Geld zurückgehalten und damit das Problem bei der Arbeit hatten, nicht mehr bereit sind, der Regierung Kredite zu gewähren, weil sie nicht sicher sind, ob die Regierung diese jemals jemals zurückzahlen wird.

Wow, das erfordert schon eine gewisse Portion Mut – ich drücke mich höflich aus. Die Leute, die die Arbeit an dem Problem verrichtet haben, das die Regierung in die Verschuldung getrieben hat, sagen jetzt: Ihr habt zu viele Schulden. Die Regierung antwortet: Aber wir haben das für euch getan. Ja, das ist uns gleichgültig. Wir werden euch kein Geld leihen. Die Bonität der US-Regierung war früher AAA, die höchste Bewertung, die es gibt. Das ist jetzt nicht mehr der Fall. Alle drei großen Ratingagenturen, Standard&Poor, Moody's und Fitch,

haben die Kreditwürdigkeit der amerikanischen Schulden herabgestuft. Weil wir so viel geliehen haben. Gibt es eine Alternative? Hätten wir etwas anderes tun können? Ich hoffe, dass sich die meisten von Ihnen diese Frage stellen. Sicher, das hätten wir können. Wir hätten diesen Konzernen sagen können: Wenn Sie das Geld nicht ausgeben, dann verlieren Sie es. Wir werden es euch abnehmen. Wir werden alles, was ihr nicht aus euren Gewinnen ausgeben, besteuern. Und wir werden es für sozial nützliche Dinge verwenden, damit das Geld investiert wird. Das tun wir, indem wir es uns von euch leihen. Aber wenn wir es uns leihen, entsteht natürlich eine hohe Verschuldung. Wenn wir es euch durch Steuern abnehmen würden, gäbe es keine Schulden bei euch. Und wir müssten uns keine Sorgen um unsere Bonität machen. Aber das steht nicht zur Debatte. Die Konzerne besteuern?! Das geht nicht, weil sie ein soziales Problem durch Nicht-Reinvestition ihrer Gewinne verursachen. Das verstößt gegen unsere kapitalistische Religion, also sprechen wir nicht darüber. Sie werden feststellen, dass kaum jemals über eine allgemeine Steuererhöhung gesprochen wird. Der Haushalt von Herrn Trump, nach dem wir alle jetzt leben und der vor einigen Wochen verabschiedet wurde, weist, wie ich Ihnen bereits gesagt habe, ein Defizit in Höhe von Billionen Dollar auf. Muss das so kommen? Nein, man hätte amerikanische Konzerne besteuern können. Man hätte die Reichen besteuern können.

Und ich möchte Sie daran erinnern, wer diese Menschen sind, damit nicht jemand auf die Idee kommt, dass sie kein Geld hätten. Sie haben es, alles, was wir brauchen. Die ärmste Hälfte der Amerikaner besitzt zusammen 2,5 % des Vermögens dieses Landes. Die unteren 50 % kommen also mit 2,5 % ihres Vermögens aus. Die nächsten 40 % besitzen etwas mehr als 30 % des Vermögens. Was bedeutet das? 90 % unserer Bevölkerung, die unteren 90 %, zu denen Sie und ich gehören, verfügen zusammen über etwa ein Drittel des Einkommens dieses Landes. Die oberen 10 % besitzen die anderen zwei Drittel. Das sind diejenigen, die man besteuern könnte, dann hätte man kein Defizit mehr. Und keines der Probleme, von denen ich Ihnen erzählt habe, würde uns beschäftigen, in den Schlagzeilen stehen und uns ständig plagen. Das Defizit der Regierung ist ein bizarrer, seltsamer Mechanismus, um das Problem zu lösen, das durch die Arbeitgeberklasse im Kapitalismus an Arbeit besteht. Und es ist bizarr, weil es sie belohnt, indem es Kredite aufnimmt, anstatt ihnen Steuern abzunehmen, die die Wirtschaft ohne all diese unnötigen Defizitfinanzierungen am Laufen halten könnten.

Kein Wunder also, dass in den letzten Jahrzehnten von fortschrittlich denkenden Ökonomen eine neue Wirtschaftstheorie entwickelt wurde. Sie heißt „Modern Monetary Theory“ (Moderne Geldtheorie). Ihr Grundgedanke lautet, dass eine Gesellschaft nicht auf diese Art der staatlichen Kreditaufnahme angewiesen ist. Der Staat könnte diesen Prozess umgehen. Man braucht keine Federal Reserve, eine seltsame, halb unabhängige Behörde, die über die Geldschöpfung entscheidet und dann damit die von der Regierung geschaffenen Defizit-Staatsanleihen kauft und versucht, alles so zu gestalten, dass die monetären Bedürfnisse der Wirtschaft erfüllt werden. Das verschwendet Geld, das verschwendet Zeit, das verschwendet die Aufmerksamkeit aller. Und es ist unfair. Der Ansatz der Modern Monetary Theory lautet: Lasst uns unser Währungssystem in den Händen der Regierung belassen, wo es hingehört und wo wir als Wähler abstimmen können, wenn wir mit der Art und Weise, wie es geführt wird, unzufrieden sind. Die Regierung würde dann das Geld

drucken, es für die notwendigen Zwecke verwenden und es durch Besteuerung aus der Wirtschaft zurückziehen, wenn zu viel davon vorhanden ist.

Ganz einfach, unkompliziert, dieser ganze Unsinn mit dem Defizit wäre gar nicht nötig. Und wir wären nicht mit einer Situation konfrontiert, in der wir mit Heuchelei zu tun haben, in der die Menschen, die diese Wirtschaft lenken, die Arbeitgeberklasse, versuchen, sich als handlungsunfähig darzustellen; als könnten sie nichts tun. Der Markt für Staatsschulden, die Kapitalmärkte, diktieren, was passiert, als ob der Markt ein lebendes Tier wäre, das einen eigenen Willen hätte. Dies ist ein Markt, der von den Arbeitgebern für sich selbst eingerichtet und gestaltet wurde. Solange wir das so belassen, werden wir unterdrückt. Und uns wird gesagt, dass nicht sie daran schuld sind, sondern dieses Ding, dieser Markt, der irgendwie da sein muss. Meine Antwort, meine Schlussfolgerung: Lassen Sie sich nicht täuschen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, und wie immer freue ich mich darauf, nächste Woche wieder mit Ihnen zu sprechen.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO:

Kontoinhaber: acTVism München e.V.
Bank: GLS Bank
IBAN: DE89430609678224073600
BIC: GENODEM1GLS

PAYPAL:

E-Mail:
PayPal@acTVism.org

PATREON:

<https://www.patreon.com/acTVism>
m

BETTERPLACE:

Link: [Klicken Sie hier](#)

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar.

Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org
